

Hubertus Heil, Generalsekretär der SPD, besuchte am 18. Februar als erster deutscher Politiker den vom Krieg zerstörten Gazastreifen. Rund einem Monat nach Ende der israelischen Militäraktion traf er sich dort mit Überlebenden, UN-Mitarbeitern und Vertretern der Zivilgesellschaft, um sich ein Bild über die Situation vor Ort und die Lage der Menschen zu machen. Im Rahmen dieses von der FES Jerusalem organisierten Besuchsprogramms hatte er zuvor in Ramallah wichtige palästinensische Politiker getroffen.

Einen Eindruck des großen Ausmaßes der Zerstörung gewann Hubertus Heil bei seinem Besuch der Region Izbet Abed Rabbo nordöstlich von Gaza-Stadt. Da nahezu die gesamte Nachbarschaft zerstört wurde, leben die Menschen dort in Zelten und auf den Überresten ihrer Häuser. Auch von vielen zivilen Einrichtungen, wie dem Krankenhaus des Roten Halbmondes und der Amerikanische Schule in Gaza-Stadt, konnte Heil nur noch die Trümmer besichtigen. Aidan O'Leary, Vertreter der UNRWA im Gazastreifen, brachte die Schäden an diesen zivilen Einrichtungen auf den Punkt: „Es wurde von Israel immer angegeben, es solle die Infrastruktur des Terrors zerstört werden. Was tatsächlich zerstört wurde, ist die Infrastruktur des Friedens.“ Im Gespräch mit ihm wurde auch klar, dass es beim Wiederaufbau des Gazastreifens keineswegs am Willen der Menschen mangle. Die UNRWA benötige auch erhebliche finanzielle Mittel und die Möglichkeit, diese einzusetzen und Hilfsgüter in den Gazastreifen einzuführen. Einzig die Tunnelindustrie profitiere von der Schließung der Grenzen für die meisten Güter. Die Menschen im Gazastreifen seien gezwungen, ihre Lebensmittel auf den Schwarzmarkt, der durch die Tunnel mit Waren bestückt werde, zu kaufen. Damit würde letztlich sogar die Hamas unterstützt, die als Ordnungsmacht auch den Tunnelbau und –handel kontrolliere.



Hubertus Heil vor der zerstörten Amerikanischen Schule in Gaza.  
Foto: FES Jerusalem

Tief beeindruckt von seinen Gesprächen und Erlebnissen betonte Hubertus Heil zum Abschluss seines Besuches die Dringlichkeit, schnell eine Lösung zu finden und versprach, sich bei seinen anschließenden Treffen mit israelischen Politikern für die Öffnung der Grenzen einzusetzen.



Hubertus Heil (2. v.l.) Im Gespräch mit Rafiq Husseini (m).  
Foto: FES Jerusalem

Bereits am Vortag seines Besuches im Gazastreifen war der Generalsekretär in Ramallah mit Vertretern der Palästinensischen Autonomiebehörde und der Fatah zusammengetroffen. Seine Gesprächspartner waren dabei unter anderem Dr. Abdallah Frangi, Generaldelegierter der Fatah für Außenbeziehungen und Ahmad Qurei, ehemaliger Premierminister. Mit dem Stabschef von Präsident Abbas, Dr. Rafiq Husseini, sprach Hubertus Heil über die Notwendigkeit von Wahlen in den Palästinensischen Gebieten. Beide Politiker stimmten überein, dass zunächst eine Konsensregierung dringende Probleme wie den Wiederaufbau Gazas lösen solle, es danach aber Neuwahlen geben müsse. Besorgt äußerte sich Husseini über die Möglichkeit einer

rechtsgerichteten Regierung in Israel. Für Präsident Abbas werde es in Zeiten zunehmender Radikalisierung auf beiden Seiten immer schwieriger, sich auf Friedensbemühungen zu konzentrieren.

Beim anschließenden Treffen mit Premierminister Dr. Salam Fayyad ging es zunächst um den Wiederaufbau des Gazastreifens. Fayyad betonte, als erstes müssten die Grenzen geöffnet und die Infrastruktur zumindest auf Vorkriegsniveau wieder aufgebaut werden. Für langfristige Fortschritte im Friedensprozess sei ein Ende der israelischen Siedlungstätigkeit im Westjordanland allerdings unabdingbar. Positiv bewertete der Premierminister die neue US-Administration, auch wenn er mit konkreten Beurteilungen bis nach einem Treffen mit dem Sondergesandten George Mitchell warten wolle. SPD und Bundesregierung könnten den Friedensprozess derweil vor allem mit politischer Akzeptanz der palästinensischen Regierung unterstützen.



Der Generalsekretär im Gespräch mit Premierminister Dr. Salam Fayyad.  
Foto: FFS Jerusalem

Zum Abschluss seines Besuchs in Ramallah nahm Hubertus Heil am Nachmittag an einer Diskussionsrunde mit den 14 neu gewählten Fatah-Distriktvorsitzenden aus der West Bank teil. Bei



Hubertus Heil (2. v.l.) bei der Diskussion mit den Fatah-Distriktvorsitzenden.  
Foto: FES Jerusalem

diesem Treffen ging es in erster Linie um die anstehenden Reformen der Fatah – der lange überfällige 6. Generalkongress der Partei wird nach Einschätzung aller Gesprächspartner in den nächsten Monaten stattfinden. Das Schicksal der Fatah als Schwesterpartei der SPD und als wichtige friedensbejahende Kraft in den Palästinensischen Gebieten lag dem Generalsekretär sehr am Herzen. So betonte er in seiner Eröffnungsrede die Wichtigkeit interner Reformen um das Ansehen der Fatah in der

Bevölkerung und ihre Bedeutung als demokratische Macht zu stärken. Bei der Organisation des Parteikongresses, so Heil, würde die SPD ihrer Schwesterpartei gerne beratend zur Seite stehen. Die

Aus- und Weiterbildung von Parteiaktivisten könne die Friedrich-Ebert-Stiftung unterstützen. Zum Abschluss der Diskussionsrunde appellierte Hubertus Heil noch einmal an die Fatah-Vertreter, sich vorbehaltlos der Gewaltlosigkeit zu verschreiben. Nur so hätten ein Palästinensischer Staat und die Fatah als politische Partei eine echte Chance.